

**„Klimaschutz – den Worten müssen Taten folgen IV -
LH München als Energieverbraucher“**

Antrag Nr. 14-20 / A 04354 von der Fraktion DIE GRÜNEN/RL
vom 27.07.2018

Sitzungsvorlage Nr. 14 - 20 / V 14373

2 Anlagen

Beschluss des Verwaltungs- und Personalausschusses vom 25.09.2019 (VB)
Öffentliche Sitzung

I. Vortrag des Referenten

1. Antrag

Die Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen/RL hat am 27.07.2018 folgenden Stadtratsantrag (Antrag Nr. 14-20 / A 04354) gestellt:

**Klimaschutz – den Worten müssen Taten folgen IV -
LH München als Energieverbraucher**

Die LH München ergreift für ihre Eigenbetriebe, Beteiligungsgesellschaften und Wohnungsbaugesellschaften folgende im Gutachten „Klimaschutzziel und -strategie München 2050“ vorgeschlagene Maßnahmen:

„Stärkere Einflussnahme der Politik auf Eigenbetriebe und Beteiligungsgesellschaften und Ausbau der Kooperation der Stadtverwaltung mit den Betrieben im Sinne der Energiewende und des Klimaschutzes“ (Gutachten-Maßnahme LHM-2).

Konkret bedeutet dies wie im Gutachten ausgeführt:

- Weiterer Ausbau der bestehenden Selbstverpflichtungen.
- Übernahme der vom Stadtrat beschlossenen Klimaschutzziele durch die städtischen Beteiligungsgesellschaften; Umsetzung in die eigene Planung und Praxis; zweijährige Energie- und Klimaschutzberichte; Übermittlung relevanter Energiekennzahlen an das RGU für das CO₂-Monitoring.

- Beteiligungsgesellschaften und Eigenbetriebe stärken ihre Rolle als Dienstleister für die Energiewende. [...] Beispiele sind die Stadtwerke bei Energieversorgungsprojekten außerhalb der Fernwärmevorranggebiete und die Stadtsparkasse bei der Finanzierung konkreter Klimaschutzmaßnahmen der Wirtschaft oder Privathaushalte (z.B. Angebot spezieller Finanzierungsprodukte für energetische Sanierungen, mit integrierter Sanierungsberatung in Zusammenarbeit mit dem Bauzentrumentrum)
- Schaffung eines Rahmens, der es den städtischen Unternehmen ermöglicht einen wirksamen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten:
 - Abschwächung der Rahmenvorgabe zum Wirtschaftlichkeitsgebot
 - Ausweitung des Umweltbonus zur Realisierung klimafreundlicher Maßnahmen
- Bereitstellung von Daten für die städtische THG-Bilanzierung durch die SWM

Zur Begründung wird auf Anlage 1 verwiesen.

2. Integriertes Handlungsprogramm Klimaschutz in München (IHKM)

Um dem Klimawandel entgegenzusteuern, hat der Stadtrat im Rahmen des Beschlusses „Klimaneutralität München 2050 / Verlängerung des Klimaschutzprogramms 2015 für das Jahr 2018“ (Sitzungsvorlage-Nr. 14-20 / V 08521) vom 27.09.2017 beschlossen, bis 2030 die Münchner CO₂-Emissionen pro Kopf um mehr als die Hälfte des Iststands auf 3 Tonnen zu senken und bis 2050 die annähernde Klimaneutralität anzustreben. Im Rahmen dieses Beschlusses unter Punkt 6 wurden die Referate außerdem beauftragt, „gemeinsam mit den Beteiligungsgesellschaften zu überprüfen, wie die Klimaschutzziele der LHM als eigene strategische Ziele übernommen werden können.“ Nach der Beschlussfassung wurden die Beteiligungsgesellschaften angeschrieben und um Stellungnahme zum genannten Antragspunkt gebeten. Die Stellungnahmen der Beteiligungsgesellschaften wurden im Rahmen des Beschlusses "Integriertes Handlungsprogramm Klimaschutz in München - Klimaschutzprogramm 2019" (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 11745, behandelt in der Vollversammlung vom 27.11.2018) als Anlage veröffentlicht.

Die Kernfragen des aktuellen Antrags (Nr. 14-20 / A 04354) zu den Klimaschutzzielen sind zu einem großen Teil bereits in den Antworten der Gesellschaften zur Abfrage des RGU im Rahmen der Beschlussvorlage IHKM (Nr. 14-20 / V 11745) beantwortet worden. Sie sind daher dieser Beschlussvorlage nochmals beigelegt (siehe Anlage 2; Achtung die Nummerierung in der Anlage 2 bezieht sich auf die IHKM-Vorlage).

Die Punkte Abschwächung von Rahmenvorgaben zum Wirtschaftlichkeitsgebot und Ausweitung des Umweltbonus zur Realisierung klimafreundlicher Maßnahmen (vierter Spiegelstrich des Antrags) beziehen sich auf Wirtschaftlichkeitsvorgaben für einzelne Gesellschaften. Die Darstellung der wirtschaftlichen Folgen konkreter Projekte oder Maßnahmen der einzelnen Gesellschaften sind regelmäßig Teil der Darstellung in den Entscheidungsvorlagen für die jeweils zuständigen Gremien und Organe. Die prognostizierten

Auswirkungen der vorgeschlagenen Maßnahmen auf die wirtschaftliche Situation können so in die Entscheidungsabwägung einbezogen werden. Eine allgemeine Rahmenvorgabe für die Gesellschaften erscheint nicht sinnvoll, da sie zu unterschiedlich sind und die Vorgabe lediglich einen pauschalen appellativen Charakter haben könnte und die zuständigen Organe nicht von der konkreten Abwägung und Entscheidung im Einzelfall entbindet.

3. Ergänzende Informationen und Maßnahmen städt. Gesellschaften, Eigenbetriebe und der Stadtparkasse

Darüber hinaus liegen noch folgende Informationen vor:

Sozialreferat:

„Die MÜNCHENSTIFT GmbH setzt sich nicht nur seit des Pariser Klimaschutzabkommens 2015 und dem Stadtrats-Beschluss zum Klimaschutz im September 2017 für einen nachhaltigen und umweltfreundlichen Betrieb der Senioreneinrichtungen ein. Um unseren Beitrag zur Erhaltung und zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und der Umwelt zu leisten, werden möglichst alle unternehmerischen Entscheidungen auch unter dem Aspekt Umwelt- und Klimaschutz ausgerichtet, sofern dies wirtschaftlich darstellbar ist. Die Verantwortung für den betrieblichen Umweltschutz liegt hierbei nicht nur bei der Geschäftsführung, die bestrebt ist, kontinuierliche Verbesserungen zu gewährleisten, sondern auch bei den Haus- und Abteilungsleitungen. Aber auch jeder einzelne Mitarbeitende ist angehalten, den Umweltschutzgedanken zu verinnerlichen und sowohl in seinem beruflichen als auch privaten Alltag zu leben.

In folgenden Bereichen hat die MÜNCHENSTIFT GmbH bereits Maßnahmen ergriffen und erfolgreich umgesetzt:

Küche

Damit die MÜNCHENSTIFT die unterschiedlichen Bedürfnisse ihrer BewohnerInnen bedienen, für die Qualität der Speisen sorgen und nachhaltiges Wirtschaften sicherstellen kann, bedarf es genauer Planung und innovativer Ideen. Etwa 1,1 Millionen frisch zubereitete Mittagsmahlzeiten und zusammen rund 1,7 Millionen Frühstücksportionen und Abendessen stellt die MÜNCHENSTIFT jedes Jahr her. Dabei hat sie sich neben der Qualität und der Orientierung an den Bedürfnissen der BewohnerInnen auch das Thema der Nachhaltigkeit auf die Fahnen geschrieben. Die Betriebsabläufe werden optimiert, um die negativen Auswirkungen auf die Umwelt zu minimieren. Wir reduzieren die Emissionen sowie den Rohstoff- und Energieeinsatz. Zu diesen Richtlinien kommen zusätzlich die eigenen Vorgaben, möglichst viele regional, fair und biologisch produzierte Nahrungsmittel-

tel zu verwenden, auf die Vermeidung von Müll zu achten sowie die Menge der Speisereste und den Energieverbrauch zu verringern.

Das ist nicht nur in Hinsicht auf Nachhaltigkeit ein Thema, sondern hat auch einen ethischen Aspekt. Es wurde ein Konzept entwickelt, das die MÜNCHENSTIFT vor zehn Jahren eingeführt hat. In jedem Haus wird seitdem regelmäßig der Essensrücklauf gemessen und mit den Zielvorgaben für die Reduzierung verglichen. Parallel dazu wird eine Anlage eingesetzt, in der die Reste, mit etwas Wasser angereichert, zu einer Masse verwandelt werden, bevor man sie zu einer Biogasanlage fährt. Das Ergebnis: fast 50 Prozent weniger Speisereste und auch die Zahl der Transporte wurde massiv reduziert.

Die Speisereste wurden von 2009 von 0,760 l pro Bewohner und Tag auf 0,394 l pro Bewohner und Tag reduziert. Entsprechend ist das Nassmüllvolumen gesunken und die Abholfahrten des Nassmülls konnten von knapp 1.000 Fahrten im Jahr 2008 auf 82 Fahrten im Jahr 2018 reduziert werden.

Neben der bemerkenswerten Reduzierung beim Speisereste-Abfall tragen vor allem die eklatant reduzierten Abholfahrten zu einer erheblichen Reduzierung der CO₂-Bilanz bei.

Lebensmittelbeschaffung

Beim Bezug der Lebensmittel wird ebenfalls auf nachhaltige Kriterien geachtet. Sie sollen saisonal und frisch sein, vorwiegend aus der Region kommen oder kurze Wege hinter sich haben und nach Möglichkeit biologisch angebaut sowie fair hergestellt und gehandelt sein. So stammen das verwendete Rindfleisch sowie die Tiroler Spezialitäten und Würstchen von einem Bio-Metzger in Tirol, nur 90 Kilometer von München entfernt. Seine Simmentaler Rinder werden fast das ganze Jahr über auf der Weide gehalten, ohne Zufütterung von Kraftfutter. Für die 50 Tonnen Kartoffeln, die die BewohnerInnen pro Jahr essen, sorgt ein Kartoffelbauer aus Ismaning. Das Gemüse und die Salate hingegen werden von den Mitarbeiter*innen eines Integrationsbetriebes in Heimstetten geputzt und geschält. Wenn ein Lebensmittel auf dem Markt nicht in der erforderlichen Qualität und im vorgegebenen Budgetrahmen erhältlich ist, lässt die MÜNCHENSTIFT auch Eigenmarken herstellen, wie beispielsweise bei Marmeladen aus Himbeeren und Erdbeeren. Sämtliche Lebensmittel im Angebot sind gentechnikfrei.

Bei der Lebensmittelversorgung spielt auch die Vermeidung von Verpackungsmüll eine große Rolle. Die MÜNCHENSTIFT bestellt viele Lebensmittel nicht mehr in den üblichen kleinen Portionsmengen (wie Joghurt, Quark, Butter und Margarine), sondern in Großgebinden – trotz der dadurch entstehenden Mehrarbeit.

Künftig werden die Coffee-to-Go Becher auf das nachhaltige Recup-System umgestellt, Strohhalme aus Plastik abgeschafft, Getränke nur noch in Glasflaschen angeboten und Kleinstverpackungen für Senf, und Ketchup auf Spendersysteme umgestellt werden.

Green Care – Umweltschutz und Nachhaltigkeit im Ambiente der Häuser

Eine Reihe Ausbauten und Aktionen prägten das „Green-Care“-Jahr 2017 im Alfons-Hoffmann-Haus. Zum Konzept gehört, dass Mitarbeitende und Bewohner*innen gleichermaßen daran beteiligt sind. So startete im Frühjahr eine umfangreiche Gartenbegrünung. Diese steigert nicht nur das Wohlbefinden der Bewohner*innen, sondern trägt zu Luftverbesserung und der Förderung der Artenvielfalt bei.

Mitte Mai 2017 begannen im Austausch mit der Umweltorganisation Greencity e. V. umfangreiche Bepflanzungen im Garten um das Gebäude. So blühen an der nördlichen Straßenseite, an der bisher Küche und Müllcontainer sichtbar waren, über das ganze Jahr Sträucher wie Flieder, Magnolien oder Weigelia und im schattigen Innenhof bieten Hortensien einen Anblick blühender Landschaften. An der Ostseite wächst nun eine 50 Meter lange „Naschstrecke“ mit Himbeer-, Brombeer- und Stachelbeeren und an der Südseite an einem neu errichteten 2,5 Meter hohen Rankgerüst Spalierobst. An der Westseite duften Edel- und Buschrosen.

Als nächstes Haus soll 2019 das Seniorenheim St. Martin das Projekt Green Care umsetzen. Weitere Häuser werden folgen, sobald die Finanzierung sichergestellt ist.

Grundsätzlich wird in allen Häusern beim Mähen der Rasenflächen zukünftig der Turnus erweitert, um hier mehr Kleinstlebewesen Lebensraum zu verschaffen. Benzinbetriebene Laubbläser wurden abgeschafft und durch Akkulaubbläser ersetzt. Flächen unter Sträuchern und Rabatten werden nicht mehr vollständig vom Laub befreit werden, sondern sollen als natürlicher Rückzugsraum für Tiere und natürliche Düngung dienen.

Mobilität

Mit der Teilnahme am städtischen Förderprogramm „Betriebliches Mobilitätsmanagement München“ setzt sich das Unternehmen seit 2018 für eine nachhaltige Mobilität ein. Mit dem Förderprogramm unterstützt die Landeshauptstadt Unternehmen, die ihre Verkehre optimieren wollen.

Als erstes hat die MÜNCHENSTIFT GmbH 20 Pedelecs angeschafft, um den Verkehr zwischen den neun Häusern effektiv und umweltfreundlich zu gestalten. Auch diese Maßnahme wurde durch die Elektromobilitäts-Förderung der Landeshauptstadt unterstützt.

Zu Schulungszwecken, für hausübergreifende Besprechungen und für sonstige Termine fallen täglich Fahrten zwischen den Häusern und auch der Hauptverwaltung an. Dazu kommen Fahrten vom Facility Management und den Mitarbeitern der IT-Technik zu Ser-

vicezwecken. Durch Nutzung der Pedelecs soll auf das Auto für interne Fahrten verzichtet werden, womit auch den Mitarbeitenden die Parkplatzsuche erspart wird.

Ein weiteres Ziel ist die Gesundheitsförderung und die Motivation der Mitarbeitenden, das Pedelec für innerstädtische Dienstreisen zu nutzen und darüber nachzudenken, auch privat vermehrt auf das Fahrrad umzusteigen. Als Lieferant und künftiger Servicedienstleister wurde eine soziale Einrichtung beauftragt. So dienen die Pedelecs der MÜNCHENSTIFT nicht nur einer sauberen Luft in der Stadt, sondern helfen auch Menschen, die auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt sind.

Auch für die Mitarbeitenden des Ambulanten Dienstes ist das Pedelec bei kürzeren Strecken eine klimafreundliche und zeitsparende Alternative zum Auto. Damit der Ambulante Dienst bald auch bei den täglichen Rundtouren umweltfreundlich unterwegs ist, werden 2019 - 2020 Elektromobile angeschafft, die Autos mit Verbrennungsmotoren ersetzen.

Damit können voraussichtlich Einsparungen von ca. 20.700 l Kraftstoff (Benzin)/a, ca. 28.000€ Treibstoffkosten sowie ca. 60 t CO₂/a erzielt werden.

Darüber hinaus wurde Anfang Juni an alle Mitarbeitenden ein Fragebogen zum Betrieblichen Mobilitätsmanagement (BMM) ausgeteilt. 22 % der befragten Personen haben ihr Feedback gegeben:

Jeder achte Mitarbeitende der MÜNCHENSTIFT, der mit dem Auto zur Arbeit kommt, kann sich einen Umstieg auf den öffentlichen Personennahverkehr (MVG etc.) vorstellen. Ein Viertel der Autofahrer würde auch eine Fahrgemeinschaft bilden.

Jeder Dritte unserer Mitarbeitenden kann es sich vorstellen, mit dem Fahrrad zur Arbeit kommen. Immerhin ein gutes Viertel von ihnen kommt schon mit dem Fahrrad zur Arbeit. Mit der geplanten Steuerbefreiung bei privater Nutzung ab dem 1. Januar 2019 können Mitarbeitende die neuen Pedelec (nach Absprache) voraussichtlich auch für private Fahrten nutzen und steigen somit vom Auto auf das Fahrrad um. Dies gibt Hoffnung, dass in Folge dessen auch im privaten Bereich die Mitarbeiter*innen vermehrt mit Pedelec oder Fahrrad unterwegs sind.

Laut einer Berechnung des Bundesumweltamtes spart jeder Berufspendler, der täglich fünf Kilometer zur Arbeit hin und zurück fährt, pro Jahr 350 Kilogramm CO₂-Emissionen ein, wenn er auf das Auto verzichtet. Die MÜNCHENSTIFT GmbH ermutigt mit derartigen Informationen ihre Mitarbeitenden zu umweltbewusstem Verhalten.

Gerne würde die Geschäftsführung den Mitarbeitenden die Nutzung eines Job-Rads anbieten. Der TVöD lässt aber eine sogenannte Entgeltumwandlung für ein E-Bike-Leasing nicht zu. Deswegen können wir ihnen das Angebot eines Job-Rades aktuell leider nicht

machen. Sobald sich die tariflichen Vorgaben diesbezüglich ändern, werden wir das Thema „Job-Rad“ sicherlich noch einmal anpacken.

Die Parksituation für Fahrräder wurde in den letzten Jahren kontinuierlich verbessert. Auch in den kommenden Jahren werden bauliche Maßnahmen ergriffen, um möglichst viele (dort, wo es durchführbar ist, auch überdachte) Radl-Parkplätze zur Verfügung zu stellen.

Die MÜNCHENSTIFT GmbH wird auch weiterhin für die Mitarbeitenden günstige Angebote des ÖPNV wie das JOB-Ticket, das Bahn-Job-Ticket und das MVG Rad bereithalten.

Stromversorgung / Energieverbrauch

Vieles wurde bereits getan. So bezieht das Unternehmen seit 2012 100% Ökostrom, insgesamt auf fünf Häusern befinden sich Solaranlagen.

In den letzten Jahren konnte durch die Abrüstung der Computer und dem Tausch hin zu Thin-Clients der Stromverbrauch im Unternehmen enorm gesenkt werden.

Durch den voranschreitenden hohen Virtualisierungsgrad im Serverbereich werden deutlich weniger physikalische Server im Rechenzentrum benötigt. Dadurch konnte der Stromverbrauch im laufenden Betrieb weiter reduziert werden, was gleichzeitig eine Verringerung der Kühlleistung in den Serverräumen zur Folge hat.

Im Haus MAR wurde ein Austausch von herkömmlichen Leuchtmitteln in öffentlichen Bereichen zu LED Leuchtmitteln durchgeführt.

Halogenleuchten haben gegenüber LED Leuchtmitteln einen höheren Stromverbrauch, geringere Leuchtdauer und eine höhere Wärmeentwicklung. Energiesparleuchten sind Sondermüll (Quecksilber) – LED Leuchtmittel hingegen können über den Hausmüll entsorgt werden.

Grundsätzlich werden in allen Häusern defekte ältere Leuchtmittel in den öffentlichen Bereichen durch LED Leuchten ersetzt.

Teilweise werden Räume bzw. Flurbereiche ganztags mit Licht versorgt, obwohl diese Räume nur gelegentlich genutzt werden. Der zunehmende Einsatz von Bewegungsmeldern wird dies zukünftig verhindern und somit den Stromverbrauch weiter reduzieren.

Einkauf/Beschaffung/Büromaterial

Durch die gezielte Nachfrage nach nachhaltig produzierten Waren und Dienstleistungen leistet die MÜNCHENSTIFT einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung und gestaltet den Prozess aktiv mit. Somit werden Innovationen zur Minderung von Umweltbelastungen unterstützt. Die Nachfrage nach Produkten, die unter sozial- und umweltverträglichen Bedingungen hergestellt wurden, trägt zu verantwortungsvollem, wirtschaftlichen Handeln bei.

Ein wesentliches Vergabekriterium bei Büromaterialaufträgen ist die Nachhaltig-, Langlebig- und Umweltfreundlichkeit sowie die Qualität der Produkte:

- wiederverwendbares Büromaterial (Klarsichthüllen, Büroklammern, Schnellhefter etc.)
- wiederbefüllbare Schreibgeräte, Druckerpatronen und Toner
- Produkte in großen Verpackungseinheiten
- Produkte aus Kunststoff
- Einhaltung der europäischen und deutschen technischen Regeln, z. B. ISO, DIN, EN.

2018 wurde in allen Häusern das Papier auf Recyclingpapier umgestellt.

Bei 3,7 Mio Blatt Din A4-Papierverbrauch jährlich wurden mit dieser Maßnahme 55,5 t Holz, 800.000 Liter Wasser, 143.000 kWh Energie und 11,8 t CO₂ eingespart.

Grundsätzlich werden alle Mitarbeiter*innen angehalten für einen nachhaltigen Arbeitsplatz zu sorgen.

- Dokumente nur ausdrucken, wenn dies wirklich notwendig ist (Stichwort: Papierloses Büro)
- Geräte ausschalten, wenn sie nicht benötigt werden
- Wiederverwendung alter Büromaterialien (z. B. einseitig bedruckte Zettel als Notizzettel verwenden)
- Ordnung am Arbeitsplatz
- Nutzen von wiederverwendbaren Büromaterialien
- Sammelbestellungen
- unerwünschte Kataloge, Prospekte und Zeitschriften abbestellen.

Seit September wird als Abrechnungs-Nachweis für die Finanzbuchhaltung auf jeglichen Papier-Ausdruck verzichtet.

- Es müssen keine echten Papier-Ausdrucke mehr für die Finanzbuchhaltung pro Abrechnungslauf durchgeführt werden damit entfällt automatisch die Weitergabe der bisherigen Papier-Unterlagen an die Fibu-Abteilung über die MST-Haus-Post
- Es muss kein FAX des Berichts „Fibu-Abgleich“ bereits vorab an die Fibu-Abteilung mehr gesendet werden
- keine Papier-Ablage mehr in Ordnern in den Verwaltungen notwendig
- die Häuser müssen auch keine E-Mail an die Fibu-Mitarbeiter*innen bezüglich den erzeugten PDF-Dateien senden
- die neuen PDF-Dateien werden vergleichbar den Fibu-Dateien voll automatisiert übertragen
- die erzeugten PDF-Dateien bleiben als digitale Beleg-Nachweise erhalten

Allein durch diese Maßnahme wurden weitere 125 kg CO₂, 360 kg Holz, 3.250 l Wasser und 1.286 kWh Energie eingespart.

Im Zuge der zunehmenden Digitalisierung bei der MÜNCHENSTIFT GmbH werden weitere Einsparungen dieser Art möglich werden.

Drucksachen

Die MÜNCHENSTIFT GmbH achtet auch bei ihren Drucksachen auf die Umwelt, indem ausschließlich 100-prozentiges Recyclingpapier verwendet wird.

Berufsbekleidung und Wäsche

Der Kauf bzw. Leasing von Berufsbekleidung und Wäsche erfolgen bei Firmen, die entsprechend zertifiziert sind oder z.B. die Anforderungen nach Oeko-Tex® Standard 100 erfüllen.

Verbrauchsmaterialien

Die eingesetzten Inkontinenzartikel werden aus Elementchlorfrei (ECF) gebleichtem Zellstoff hergestellt.

Finanzen

Die MÜNCHENSTIFT legt im Rahmen ihrer Finanzdisposition Gelder unter anderem auch bei einer Bank an, die ihre Geschäftspolitik an sozialökologischen Gesichtspunkten ausrichtet. Dort angelegte Gelder werden als Kundenkredite z.B. dazu verwendet, um Kredite an Klein- und Kleinstunternehmen zu vergeben, um soziale und ökologische Projekte von Privatpersonen zu finanzieren oder um als Ökobaukredit Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz, den Einsatz von regenerativen Energien und die Verwendung von ökologischen Baustoffen zu finanzieren.

Facility Management / Bau

Hinsichtlich der bautechnischen Voraussetzungen stellen sich zahlreiche Aufgaben, um die ökologisch-nachhaltige Situation positiv zu verändern:

Die Lüftungsanlagen in den sog. Bestandsgebäuden (MAR, JOS, RÜM, MAN und TAU) sind älteren Baujahres und entsprechen somit in Bezug auf den Energieverbrauch ggf. nicht mehr den heutigen Anforderungen. Mit einer Steuerung der Lüftungsanlagen über die Gebäudeleittechnik könnte z. B. auf Abweichungen im Betrieb frühzeitiger reagiert und ggf. ein modulierender Betrieb realisiert werden.

Hinsichtlich der Betriebszeiten ist zu überprüfen, innerhalb welcher Zeitschiene die Lüftungsanlagen in Betrieb sind und ob sie mit reduzierter Leistung betrieben werden können.

Der Austausch alter Heizungsumwälzpumpen und ein Einsatz von Energieeffizienzklasse A Pumpen ist empfehlenswert. Alte ungeregelte Standardpumpen arbeiten ununterbrochen mit konstant hoher Leistung, egal ob mehrere oder alle Ventile der Heizkörper zuge dreht sind. Diese Pumpen können nicht erkennen, welche Pumpenleistung für die momentane Einstellung der Heizkörper benötigt wird. Sog. Hocheffizienzpumpen erkennen aufgrund von Veränderungen des Wasserdrucks in der Leitung, welche Pumpenleistung aktuell erforderlich ist um alle aufgedrehten Heizkörper ausreichend zu versorgen. Sie reagiert darauf, in dem sie ihre Pumpenleistung den veränderten Druckverhältnissen anpasst

Bei dem Einsatz von Solarthermie (nur für die Erzeugung Brauchwasser) gilt es zu prüfen, in wie weit der Einsatz der Solarthermie für die Erzeugung von Brauchwasser wirtschaftlich sinnvoll ist. Durch den Einsatz der Solarthermie könnte der Ausstoß von CO₂ reduziert werden.

Ressourcen

Den Umgang mit knappen Ressourcen wie Wasser, Energie und Rohstoffen gestaltet die MÜNCHENSTIFT GmbH sparsam und effizient. Dabei wird dem Prinzip der optimalen Wertschöpfungskette gefolgt: Senkung des Ressourcenverbrauchs, Wiederverwertung, Neubeschaffung. Somit wird eine Erhöhung der Umweltleistung angestrebt.“

Planungsreferat:

Zu GEWOFAG und GWG:

„Die Landeshauptstadt München hat sich mit Beschluss vom 27.09.2017 (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 08521) vor dem Hintergrund des Klimaschutzplans 2050 der Bundesregierung und der Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens 2015 zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2050 die weitgehende Klimaneutralität (0,3 Tonnen CO₂ -Äquivalente) zu erreichen. Als Zwischenziel wurde bis zum Jahr 2030 die Energie bedingten Treibhausgasemissionen auf 3 Tonnen CO₂-Äquivalente (CO₂ e) pro Einwohner und Jahr zu reduzieren beschlossen.

Was dies übertragen auf die städtischen Wohnungsbaugesellschaften GWG und GEWOFAG in ihrer Vorbildfunktion bedeutet und welche Ressourcen hierfür notwendig sind, will das Referat für Stadtplanung und Bauordnung zusammen mit den städtischen Wohnungsbaugesellschaften erarbeiten. Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung hat hierzu eine Maßnahme (IHKM-Maßnahme 1.3.2 „Untersuchung für einen Sanierungsfahrplan „CO₂-neutraler Wohnungsbestand bis 2050“ der städtischen Wohnungsbaukonzerne GWG und GEWOFAG“) erarbeitet und in die Beschlussvorlage „Integriertes Handlungsprogramm Klimaschutz in München (IHKM) - Klimaneutrales München / Klimaschutzpro-

gramm 2019“ (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 11745, Vollversammlung des Stadtrates am 27.11.2018) zur Entscheidung eingebracht.

Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung beabsichtigt dem Fachausschuss den erarbeiteten Fahrplan, die zur Umsetzung identifizierten notwendigen Mittel und Rahmenbedingungen zur Entscheidung spätestens in 2021 vorzulegen.

Im Beschluss zu „Wohnen in München VI“ (Sitzungsvorlage Nr. 14-20/ V 07205, vom 15.11.2016) wird im Antragspunkt 30 im Falle einer Novellierung der EnEV innerhalb des Programmzeitraums (2017-2021) eine Überprüfung der städtischen energetischen Standards für den geförderten Wohnungsbau, die Vergabe von städtischen Flächen sowie Wohnungsneubauten der städtischen Gesellschaften, auf der Grundlage eines entsprechenden Kostengutachtens sowie unter Berücksichtigung von Qualität und Klimaschutz beauftragt. Dieses Gutachten soll von einem anerkannten, unabhängigen Auftragnehmer gemeinsam mit den städtischen Wohnungsbaugesellschaften durchgeführt werden. Federführend ist hier das Referat für Stadtplanung und Bauordnung. Die Finanzierung soll über das IHKM erfolgen.

Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung hat deshalb eine entsprechende Maßnahme (IHKM-Maßnahme 1.1.4 „Höhere energetische Standards im geförderten Wohnungsbau (WiM VI)“) erarbeitet und in die Beschlussvorlage „Integriertes Handlungsprogramm Klimaschutz in München (IHKM) - Klimaneutrales München / Klimaschutzprogramm 2019“ (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 11745, Vollversammlung des Stadtrates am 27.11.2018) zur Entscheidung eingebracht.“

**Kommunalreferat:
zu den Eigenbetrieben und der DTGH:**

Die Eigenbetriebe und Beteiligungsgesellschaften der Landeshauptstadt München sind als solche an die Stadtratsbeschlüsse der Landeshauptstadt München gebunden. Für Frage 1 ist der Stadtratsbeschluss „Integriertes Handlungsprogramm Klimaschutz in München (IHKM) Klimaneutralität München 2050 Verlängerung des Klimaschutzprogramms 2015 für das Jahr 2018“ vom 26.07.2017 (Vorlagen-Nr. 14-20 / V 08521) relevant. Mit diesem Stadtratsbeschluss setzt sich die Landeshauptstadt München zum Ziel, „bis zum Jahr 2050 die weitgehende Klimaneutralität (0,3 Tonnen CO₂-Äquivalente) zu erreichen und bis zum Jahr 2030 die energiebedingten Treibhausgasemissionen auf 3 Tonnen CO₂-Äquivalente (CO₂ e) pro Einwohner und Jahr zu reduzieren.“

Die aktuelle Beschlusslage im Hinblick auf die Energieeffizienz ergibt sich aus derjenigen zum Klimaschutz, d.h. die o.g. von der Landeshauptstadt München angestrebte Klimaneutralität erfordert eine entsprechend ambitionierte Steigerung der Energieeffizienz in al-

len Sektoren. Mit Stadtratsbeschluss „Integriertes Handlungsprogramm Klimaschutz in München (IHKM) Klimaneutrales München / Klimaschutzprogramm 2019“ vom 27.11.2018 (Vorlagen-Nr. 14-20 / V 11745) wurde das Klimaschutzprogramm (KSP) 2019 beschlossen, das 113 Maßnahmen, darunter 61 Fortschreibungen und Anpassungen sowie 52 neue Maßnahmen enthält. Die Erhöhung der Energieeffizienz ist – neben dem verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien und bewusstseinsbildenden Maßnahmen – ein wesentlicher Bestandteil dieses Maßnahmenpakets. Der Stadtrat hat mit oben genanntem Beschluss die Verwaltung ferner beauftragt, gemeinsam mit den Beteiligungsgesellschaften zu prüfen, wie die neuen Klimaschutzziele der Landeshauptstadt München als eigene strategische Ziele auch bei den Beteiligungsgesellschaften übernommen werden können.

Weiter beteiligte sich der AWM 2016 am Umwelt- und Klimaschutzprogramm Ökoprofit, um gezielt Einsparmaßnahmen zu erarbeiten.“

Das Kommunalreferat veröffentlicht bereits seit vielen Jahren abteilungs- und betriebsübergreifende Umwelt- bzw. Klimaschutzberichte in unregelmäßigen Abständen. Der letzte Bericht, in dem die Klimaschutzaktivitäten des Kommunalreferats einschließlich Jahresreihen zur CO₂-Vermeidung ausführlich dargestellt sind, stammt aus dem Jahr 2017.

Grundsätzlich stehen alle Energieverbrauchs- und -produktionsdaten des Kommunalreferats einschließlich seiner Betriebe für das referatsinterne CO₂-Monitoring des Kommunalreferats und das referatsübergreifende CO₂-Monitoring des RGU zur Verfügung und werden bei Bedarf dem RGU übermittelt.

Die Deutsches Theater Grund- und Hausbesitz GmbH (DTGH) erstellte darüber hinaus im Juni 2018 den anliegenden Bericht „Strategische Klimaschutzziele der DTGH“, der zum Einen die Bestandssituation der Immobilien analysiert und zum Anderen mögliche Klimaschutzziele aufzeigt.

Die Markthallen München (MHM) betreiben seit vielen Jahren ein integriertes Managementsystem auf der Basis der DIN ISO 9001/ Qualitätsmanagement sowie auf der Grundlage des EMAS / Umweltmanagementsystems. Im Rahmen der gesetzlichen EMAS-Vorgaben muss jährlich eine aktualisierte Umwelterklärung erstellt werden, die regelmäßig von einem externen Umweltgutachter zu validieren und der IHK für München und Oberbayern als zuständiger Registrierungsstelle vorzulegen ist. Die entsprechenden Umwelt- und Klimadaten werden erfasst, abgebildet (Kennzahlen- bzw. Kernindikatorenübersicht) und analysiert. Mit Hilfe einheitlicher Emissionsfaktoren werden die Verbrauchsdaten in Emissionswerte (u.a. CO₂-Emissionen) umgerechnet.

Von den Stadtgütern München (SgM) wurde im Jahr 2015 bei der TU München die Studie „Analyse der Nachhaltigkeit der Stadtgüter München“ in Auftrag gegeben, die mittlerweile

vorliegt. Die Studie liefert THG-Emissionen pro Flächeneinheit, eingesetzter Energie und Ernteprodukt. Darüber hinaus werden im Rahmen der EMAS-Zertifizierung die Energie-, Wasser- und Betriebsmittel-Verbrauchsdaten erfasst und ausgewertet.

Der AWM erstellt seit 2014 regelmäßig Nachhaltigkeitsberichte, die umfassend über seine Klimaschutzziele und -maßnahmen und Daten zum Klima- und Umweltschutz informieren. Dazu zählen die CO₂-Emissionen (und CO₂-Äquivalente) nach Emittenten (Fuhrpark, Deponie, Liegenschaften, Dienstreisen) und die Gesamt-CO₂-Bilanz. Weiter berichtet der AWM über die Verbräuche seines Fuhrparks (Diesel, Benzin, Erdgas), seiner Liegenschaften (Strom, Fernwärme, Erdgas, Flüssiggas, Heizöl) und über die Schadstoffemissionen der MVA, TFA und der Deponie Nord-West.

Der AWM meldet seine CO₂-Daten regelmäßig (im 4-Jahres-Rhythmus) an das RGU.

Klimaschutzmaßnahmen mit dem Ziel der Senkung der CO₂-, Methan- und Lachgas-Emissionen wirken sich, sofern sie Investitionen beinhalten und/oder - z.B. im Fall der Reduzierung der Stickstoffdüngung - Ertragseinbußen zur Folge haben, zunächst (oder auch dauerhaft) negativ auf das Betriebsergebnis aus. Die Investitionen betreffen z.B. die Gebäudedämmung bzw. den Bau energiesparender Neubauten oder die Errichtung von Anlagen zur Produktion erneuerbarer Energien (Solaranlagen, Windkraftanlagen, usw.). Diese Investitionen können teilweise oder vollständig durch die Einsparung fossiler Energie sowie ggf. durch Einnahmen aus der Einspeisevergütung langfristig kompensiert werden.

Der wesentliche begrenzende Faktor zur Umsetzung der zur Erreichung der städtischen Klimaschutzziele erforderlichen Klimaschutzmaßnahmen ist also die Verfügbarkeit bzw. Bereitstellung des hierfür erforderlichen Kapitals. Vor diesem Hintergrund wäre die Einrichtung bzw. Aufstockung eines Förderprogramms zur Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen, von dem die städtischen Gesellschaften profitieren könnten, wünschenswert. Im Gebäudebereich existiert ein solches Programm bereits in Form des vom RGU verwalteten Förderprogramms Energieeinsparung. Dieses Programm könnte in Zukunft auch auf andere Sektoren, in denen Klimaschutzmaßnahmen umgesetzt werden können, ausgedehnt werden.

Das Referat für Gesundheit und Umwelt weist diesbezüglich darauf hin, dass das Förderprogramm Energieeinsparung ein gebäudebezogenes Förderprogramm ist. Eine Ausdehnung des FES ist aus Sicht des RGU daher weder inhaltlich sinnvoll noch personell leistbar. Der Ansatz des Kommunalreferats kann und sollte jedoch im Rahmen der derzeit laufenden Weiterentwicklung des IHKM weiter beraten und ein Handlungsvorschlag erarbeitet werden.

Bei den Eigenbetrieben des Kommunalreferates und der von ihr betreuten Gesellschaft gestaltet sich die Situation im Einzelnen wie folgt:

Deutsches Theater Grund- und Hausbesitz GmbH:

Für die DTGH ist zeitnah lediglich eine Verbesserung der Dachdämmung in Bauteil D finanzierbar. Die aus Klimaschutzgründen ebenfalls erforderliche Erneuerung der verbliebenen alten Fenster in Bauteil D lässt sich aufgrund der notwendigen Tilgung eines städtischen Darlehens derzeit nicht realisieren.

Markthallen München:

Die Aufrechterhaltung des o.g. Managementsystems ist mit zusätzlichen Kosten verbunden (hausinterne Sachbearbeitung; externe Beratung, Prüfung, Standorteintragung, etc.). Darüber hinaus müssen Maßnahmen, die zur Verbesserung der Umweltleistung beitragen, finanziert werden.

Stadtgüter München:

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (positives Betriebsergebnis des Eigenbetriebs SgM) werden durch die Umsetzung der Klimaschutzmaßnahmen nur geringfügig beeinflusst. Die wirtschaftlichen Auswirkungen sind abhängig von den Einzelmaßnahmen. So hat die Reduktion der N-Düngung, die mit einer Reduktion der Treibhausgasemissionen und der Nitratbelastungen des Grundwassers einhergeht, sofern sie sich im Sättigungsbereich befindet, positive wirtschaftliche Auswirkungen.

AWM:

Müllverbrennung trägt, sofern durch sie klimaschädlichere Energieträger (Braunkohle, Steinkohle) substituiert werden, zum Klimaschutz bei. Für einen wirtschaftlichen Betrieb der Müllverbrennungsanlage (MVA), der sich auch auf die Stabilität der Müllgebühren auswirkt, ist eine stetige Auslastung der MVA erforderlich, die auch durch die Verwertung von Abfällen aus den Landkreisen der Umgebung und von Gewerbebetrieben erzielt wird. Weiterhin trägt eine laufende Optimierung der Logistik und Verwaltung zur Erfassung von Abfällen und Wertstoffen zu einem wirtschaftlichen Betrieb bei.

Wie oben dargestellt, leisten die dem Kommunalreferat zugeordneten Betriebe der Landeshauptstadt München bereits nennenswerte Beiträge zum lokalen Klimaschutz. Restriktionen für darüber hinausgehende Maßnahmen ergeben sich in erster Linie aus dem für alle Betriebe geltenden Wirtschaftlichkeitsgebot. Vor diesem Hintergrund unterstützt das Kommunalreferat den in dem o.g. Stadtratsantrag zitierten Vorschlag des Öko-Instituts, dieses Gebot im Sinne einer Stärkung des lokalen Klimaschutzes – z.B. durch eine deutli-

che Verlängerung der Amortisationszeiten – abzuschwächen. Nach Auskunft des Baureferats werden aufgrund des Wirtschaftlichkeitsgebotes bereits jetzt zahlreiche technisch mögliche Solaranlagen im städtischen Gebäudebestand nicht realisiert. Diese Verfahrensweise steht jedoch im Widerspruch zu der mit Stadtratsbeschluss vom 26.07.2017 (Vorlagen-Nr. 14-20 / V 08521) beschlossenen Klimaneutralität bis 2050 und einer Senkung der Pro-Kopf-CO₂-Emissionen auf 3 t bis 2030.

Darüber hinaus wäre, wie auch unter Punkt 3 dargestellt, die Einrichtung eines dauerhaften Budgets zur Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen der städtischen Betriebe wünschenswert. Zwar werden bereits jetzt Maßnahmen im Rahmen des Integrierten Handlungsprogramms Klimaschutz in München (IHKM) finanziert. Die Initiierung und Umsetzung weiterer Klimaschutzmaßnahmen könnte jedoch durch die vorgeschlagene Einrichtung eines dauerhaften Förderprogramms im Sinne der o.g. städtischen Klimaschutzziele und des o.g. Stadtratsantrags maßgeblich beschleunigt werden.“

Stellungnahme der Stadtsparkasse München:

Nachhaltigkeit spielt bei der Stadtsparkasse München als „Die Bank unserer Stadt“ bereits seit ihrer Gründung eine wichtige Rolle. Daher ist der Nachhaltigkeitsgedanke auch fest in unserer Geschäftsstrategie verankert. Dies bedeutet für uns eine sinnvolle Verbindung wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Interessen. Nachhaltig heißt für uns, eine sinnvolle Verbindung wirtschaftlichen Fortschritts mit sozialer Gerechtigkeit und dem Schutz der natürlichen Umwelt.

Unser dichtes Filialnetz ist zentraler Bestandteil unserer Unternehmensphilosophie und gleichzeitig zentrale Aufgabe unseres Umweltengagements. Wir haben umfangreiche Liegenschaften, deren Unterhalt ebenfalls ökologische Auswirkungen haben. Nachhaltigkeit heißt für uns, eine sinnvolle Verbindung wirtschaftlichen Fortschritts mit sozialer Gerechtigkeit und dem Schutz der natürlichen Umwelt. Ein wichtiger Schritt zur Reduzierung unseres ökologischen Fußabdrucks war z. B. der Bezug von Ökostrom für alle unsere Liegenschaften.

Durch umfangreiche Maßnahmen vor allem in unseren technikintensiven Verwaltungsgebäuden konnten wir unsere CO₂-Emissionen erheblich reduzieren. Wir nutzen beispielsweise LED-Technik, energiesparende Hardwaretechnologie und Server-Virtualisierung in der IT, digitalisieren viele Prozesse und beziehen Ökostrom. So wurde unser Verwaltungszentrum im November 2014 von der internationalen Organisation LEED (Leadership in Energy and Environmental Design) als „Green Building“ in der höchsten Kategorie Platin ausgezeichnet.

Einen wichtigen Beitrag zur Nachhaltigkeit liegt für uns als Finanzdienstleister im Angebot unserer Produkte und Dienstleistungen. Daher tragen wir mit Produkt- und Beratungsangeboten zur Verbesserung von Umweltschutz, Energie und Ressourceneffizienz in privaten, gewerblichen und öffentlichen Immobilien sowie im verarbeitenden Gewerbe zum Klimaschutz und Ausbau erneuerbarer Energien bei.

Darüber hinaus erfüllen wir, die Anforderungen zur Umsetzung des CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetzes durch Abgabe einer Entsprechenserklärung nach dem Deutschen Nachhaltigkeitskodex.

Eta Energieberatung GmbH

Eine 100%-Tochtergesellschaft der Stadtwerke München berät viele Firmen und Kommunen in den Bereichen Energieeffizienz, Energiemanagement, Energiekonzepte, Erneuerbare Energien. Energiebeschaffung und Energieverteilung.

4. Zusammenarbeit des Bauzentrum Münchens mit Beteiligungsgesellschaften und Eigenbetrieben

Hierzu führt das RGU wie folgt aus: „Die hohe Qualität der Beratungsangebote vom Bauzentrum München ist dadurch gewährleistet, dass die Beraterinnen und Berater durch ihre fortlaufende freiberufliche Tätigkeit oder als Sachverständige gut gerüstet sind. Alle Bürgerinnen und Bürger können folgende Angebote in Anspruch nehmen, z. B. auch im Zuge von Kooperationsprojekten oder über Aktivitäten der städtischen Eigenbetriebe, Beteiligungsgesellschaften und Wohnungsbaugesellschaften:

- kostenfreie Beratung
- kostenpflichtige Rechtsberatung
- kostenpflichtige Intensivberatung
- kostenpflichtige Vor-Ort-Beratung

- Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Beteiligungsgesellschaften und Eigenbetriebe (B + E) besuchen regelmäßig die Fach-Veranstaltungen im Bauzentrum zur Fortbildung und zur Kontaktaufnahme mit Spezialisten (insbesondere SWM, GEWOFAG, GWG, MGS, Deutsches Theater, Olympiapark GmbH). Das Bauzentrum hat bereits inhouse-Schulungen bei B + E durchgeführt, das könnte intensiviert werden. Auch der intensivere Besuch der Veranstaltungen im Bauzentrum könnte thematisiert werden.

- Fachleuten der B + E halten regelmäßig Vorträge im Bauzentrum (insbesondere SWM, GEWOFAG, GWG, MGS). An das Bauzentrum können fortlaufend innovative Themen und Inhalte übermittelt werden, diese werden gerne bei Veranstaltungen aufgegriffen, um die Erfahrungen zu verbreiten und vertiefen.

- Vom Bauzentrum wurde der Gebäudecheck für die MGS entwickelt. Ähnliche Projekte könnten entwickelt werden, der Check könnte breiter angewendet und auf Anwendungsfälle spezifiziert werden.

- Das Bauzentrum kooperiert und bindet die B + E in alle innovativen Fach-Projekte wie Holzbau, effiziente Heizung, Beleuchtung der Verkehrsflächen in und an Gebäuden, nachhaltige Grundrisse für Wohnungen etc. ein. Dadurch werden die Kompetenzen der B + E eingebunden sowie die innovativen Ergebnisse der Projekte den B + E zur Verfügung gestellt. Diese Kooperation könnte vertieft werden, neue Projekte könnten entwickelt werden.
 - Das Bauzentrum beteiligt sich regelmäßig an Sonderschauen und organisiert Vortragsforen auf Münchner Messen (BAU, IHM, Intersolar, Heim+Handwerk). Insofern besteht auch eine Kooperation mit der MMG und deren Gesellschaften, die im Sinne des Antrags ausgebaut werden könnte.
 - Das Bauzentrum organisiert und veranstaltet regelmäßig Vorträge und Beratungen an den Standorten der Münchner Volkshochschule und dem ÖBZ. Dabei könnten die B + E verstärkt eingebunden werden.
 - Mit den SWM besteht eine langjährige Tradition an gemeinsamen Aktivitäten, z.B. bzgl.:
 - * Kooperation zur Kommunikation bzgl. Gas-Brennwert – Kondensat-Neutralisation
 - * Langjährige Kooperation zum FES: Antragsannahme bei SWM (1989 bis 2005)
 - * Energieberatung der SWM im (städtischen) Bauzentrum München (2000 bis 2017)
 - * Infostand der SWM bei den Münchner Solartagen im Bauzentrum München (2000 bis 2011), beim Solarmarkt auf dem Münchner Marienplatz (2000 bis 2010) und bei den Münchner Energiespartagen (2007-2015)
 - * SWM-Checks Hydraulischer Abgleich mit Beraterinnen und Beratern des Bauzentrums (2010 bis 2011)
 - * Infoveranstaltung „Fernwärme-Rücklauftemperatur in der Messestadt“ (2014)
 - * Vorträge der SWM bei Fachforen des Bauzentrums zu Ladeinfrastruktur, Smart-Meter-Rollout, Mieterstrommodell der SWM, Elektromobilität: Modellregion München
- Das Bauzentrum kann in seinem Newsletter an etwa 9.000 Empfänger Informationen und Hinweise auf Veranstaltungen der B + E aufnehmen oder innovative Erkenntnisse verbreiten.

5. Energieberichte

Mit Beschluss des Stadtrates vom 31.01.2001 (Vorlagen-Nr.: 96-02 / V 00007; Antrag Nr. 1725 v. 20.12.99 der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/RL) wurde die Erstellung von Energieberichten in zweijährigem Turnus nur für einige Gesellschaften und Eigenbetriebe beschlossen:

- „1. Von der zweijährigen Vorlage eines Energieberichtes durch die städtischen Gesellschaften und Eigenbetriebe wird Abstand genommen.

2. Das jeweils zuständige (Betreuungs-)Referat wird beauftragt

2.1 dafür Sorge zu tragen, dass der Energiebericht

- der Olympiapark München GmbH
- der Flughafen München GmbH und der
- Messe München GmbH

auch künftig vorgelegt wird. In die Auswertung der Berichte ist ggf. das Referat für Gesundheit und Umwelt einzubinden.

2.2 darauf hinzuwirken, dass

- die Großmarkthalle,
- die vier städtischen Krankenhäusern,
- die Zentralwäscherei,- die Behandlungszentrum Kempfenhausen GmbH,
- die Pasinger Fabrik Kultur- und Bürgerzentrum GmbH,
- die Gasteig Betriebsgesellschaft mbH
- die München Tierpark Hellabrunn AG,
- die Münchenstift gGmbH und die
- Stadtwerke München GmbH

künftig einen Energiebericht anfertigen und vorlegen. Hinsichtlich der Berichtsinhalte und -zeitpunkte sind die bereichsspezifischen Besonderheiten zu beachten (z. B. bei der Stadtwerke München GmbH erst nach dem Bezug der neuen Zentrale und der Implementierung eines effizienten Gebäude-Management-Systems).

In die Auswertung der Berichte ist ggf. das Referat für Gesundheit und Umwelt einzubinden.

2.3 den zu betreuenden städtischen Gesellschaften und Eigenbetrieben zu empfehlen, in eigener Verantwortung Konzepte für wärmetechnische Sanierungsmaßnahmen und energietechnische Verbesserungen sowie zur Evaluierung durchgeführter Modernisierungsmaßnahmen zu entwickeln.

2.4 im Rahmen der Berichte zur wirtschaftlichen Lage (Gesellschaften) bzw. zur wirtschaftlichen Situation (Eigenbetriebe) dem Stadtrat alle zwei Jahre über die wesentlichen Veränderungen zu berichten.“

Nach Auffassung des Referats für Gesundheit und Umwelt sollten Energie- und Klimaschutzberichte mit diesem Beschluss obligatorisch von allen Gesellschaften in zweijährigem Turnus erstellt werden (vgl. Punkt 3 des Referentenantrags). Energie- und Klimaschutzberichte stellen ein wichtiges Planungs- und Kontrollinstrument in diesem Zusammenhang dar. Sie bilden die Voraussetzung für die Eigenkontrolle über die Entwicklung des Energieverbrauchs und der Treibhausgas-Emissionen und dienen der Verfolgung längerfristiger strategischer Ziele im Klimaschutzbereich. Darüber hinaus sind sie auch als Instrument der Kostenkontrolle bei den Energiekosten anzusehen. Die städtischen Wohnungsunternehmen GWG und GEWOFAg erstellen und veröffentlichen seit

Jahren Energieberichte; bei der SWM sind die wesentlichen Kennzahlen den alljährlichen Umwelterklärungen zu entnehmen.

Der Wert solcher Energie- und Klimaschutzberichte ergibt sich aus der Tatsache, dass

- a) die Institutionen dann automatisch die Daten routinemäßig erheben, die Verwaltungsabläufe der Erhebung, Datenaufbereitung und Publikation sich einspielen;
- b) für Geschäftsleitung, Unternehmensführung, Aufsichtsrat die wesentlichen Kennzahlen zur Zielverfolgung stets zur Verfügung stehen und
- c) auch die Öffentlichkeit über diesen Teil des betrieblichen Tätigkeitsspektrums informiert ist, der breite gesellschaftliche Zustimmung findet und zum Positiv-Image eines Unternehmens, einer Gesellschaft oder eines Eigenbetriebs beiträgt.

Für die Form der Publikation gibt es unterschiedliche Möglichkeiten. Die Quantifizierung von Energieverbrauch und CO₂-Emissionen und die Darstellung wichtiger Klimaschutzmaßnahmen können auch ein Kapitel in einem Umwelt- oder Nachhaltigkeitsbericht darstellen. Die Publikation kann als ausdruckbare PDF auf der Website der Gesellschaft erfolgen. Seitens des RGU besteht bei einigen vorliegenden Energieberichten noch Verbesserungsbedarf, was Aufbau und Inhalt der Berichte betrifft. Daher bietet das RGU in diesem Zusammenhang an, eine Checkliste für Aufbau und Inhalt von Energie- und Klimaschutzberichten zu erstellen und allen Beteiligungsgesellschaften und Eigenbetrieben zuzuleiten. Diese Checkliste ist als Anleitung und Hilfe für den Aufbau von solchen Berichten und für ein zielführendes Vorgehen bei dieser Aufgabenstellung gedacht.

Dementsprechend wird vorgeschlagen, das RGU zu beauftragen, den städtischen Beteiligungsgesellschaften Vorschläge und Hilfestellung zu Inhalt und Aufbau von Energie- und Klimaschutzberichten zu übermitteln.

6. Fazit

Mit dem IHKM-Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates am 27.09.2017 (Sitzungsvorlage Nr.: 14-20 / V 08521) wurden ehrgeizige Ziele und die Umsetzung umfangreicher Maßnahmenpakete zum Klimaschutz in München beschlossen. Die städtischen Gesellschaften und Eigenbetriebe sind in ihrem jeweiligen Tätigkeitsbereich bereits in die Entwicklung von Maßnahmen im Rahmen des IHKM eingebunden. Die SWM haben in den ganz wesentlichen klimarelevanten Bereichen Energiegewinnung und Verkehrsinfrastruktur eine erfolgsentscheidende Rolle.

Mit den dieser Beschlussvorlage beigefügten Stellungnahmen der Gesellschaften (Anlage 2) und den ergänzenden Informationen (Punkt 3. dieser Vorlage) werden die aktuellen Sachstände der Klimaschutzaktivitäten der Gesellschaften ausführlich dargestellt.

Darüber hinaus schlägt das RGU vor, Energie- und Klimaschutzberichte der Gesellschaften und Eigenbetriebe in zweijährigem Turnus zu fordern. Dieser Forderung schließt sich das Direktorium an.

Anhörung des Bezirksausschusses

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung des Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

Die Vorlage wurde mit dem RGU abgestimmt.

Dem Verwaltungsbeirat, Herrn Stadtrat Johann Altmann und dem Referat für Gesundheit und Umwelt ist ein Abdruck der Sitzungsvorlage zugeleitet worden.

II. Antrag des Referenten

1. Vom Vortrag wird Kenntnis genommen.
2. Die Betreuungsreferate werden beauftragt, die von ihnen betreuten Beteiligungsgesellschaften anzuhalten, die LHM bei der Verfolgung der städtischen Klimaschutzziele zu unterstützen und ihren Beitrag zur Reduzierung der Münchner Treibhausgas-Emissionen zu leisten.
3. Die Betreuungsreferate werden beauftragt, die von ihnen betreuten Beteiligungsgesellschaften zur regelmäßigen Erstellung von Energie- und Klimaschutzberichten im Rhythmus von mindestens zwei Jahren anzuhalten. Die Berichte sollen veröffentlicht und an das RGU übermittelt werden.
4. Das RGU wird beauftragt, den städtischen Beteiligungsgesellschaften Vorschläge und Hilfestellung zu Inhalt und Aufbau von Energie- und Klimaschutzberichten zu übermitteln.
5. Der Stadtratsantrag Nr. 14-20 / A 04354 von der Fraktion DIE GRÜNEN/RL vom 27.07.2018 ist damit geschäftsordnungsgemäß erledigt.
6. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss

nach Antrag.

Die endgültige Beschlussfassung über den Beratungsgegenstand obliegt der Vollversammlung des Stadtrates.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der / Die Vorsitzende

Der Referent

Ober-/Bürgermeister/-in
ea. Stadtrat/-rätin

Dieter Reiter
Oberbürgermeister

IV. Abdruck von I. mit III.

über die Stadtratsprotokolle

an das Direktorium - Dokumentationsstelle
an die Stadtkämmerei
an das Revisionsamt
an das Referat für Gesundheit und Umwelt
z. K.

V. Wv. -Direktorium HA I - ZV

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.

2.

z. K.

Am